



Bauindustrieverband Ost e. V. PRESSEINFORMATION

Corona und starker Wintereinbruch bremsen den Bau

- Nachfrage nach Bauleistungen gesunken
- Starke Schneefälle behindern Bautätigkeit

In der Summe der ersten beiden Monate des Jahres 2021 sind sowohl die Nachfrage nach Bauleistungen als auch die Bautätigkeit im Vorjahresvergleich erheblich zurückgegangen. „Während der Nachfrageeinbruch in einem direkten Zusammenhang mit der gegenwärtigen Pandemie steht, behinderte der Wintereinbruch die Bautätigkeit in Ostdeutschland erheblich“, erklärte **Dr. Robert Momberg**, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost e. V. (BIVO) nach Bekanntgabe der Februarergebnisse im Bauhauptgewerbe für Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten durch das Statistische Bundesamt.

➤ Auftragseingang: Alle Segmente vom Rückgang betroffen

Das Gesamtauftragsvolumen des ostdeutschen Bauhauptgewerbes betrug in den Monaten Januar und Februar 2021 insgesamt knapp 2,3 Mrd. Euro. Das waren 8,7 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Im **Öffentlichen Bau** sanken die Bestellungen am stärksten. Das Auftragsvolumen belief sich hier auf 759,8 Mio. Euro und lag damit um 16,1 Prozent unter dem von 2020. Der **Straßenbau** fuhr mit Aufträgen in Höhe von 316,3 Mio. Euro ein um 12,6 Prozent schlechteres Ergebnis ein als im Vorjahr. Im **Wohnungsbau** erreichten die Order einen Wert von 497,0 Mio. Euro und waren damit um 8,8 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum. Der **Wirtschaftsbau** verzeichnete einen Auftragseingang von 996,0 Mio. Euro (-2,1 %). „Die negative Auftragsentwicklung in Ostdeutschland gibt Anlass zur Sorge, vor allem, weil sie sich momentan diametral zum Bundestrend gestaltet“, merkte Momberg an.

➤ Umsatz: Erlöse sinken in allen Bausparten

Das Bauhauptgewerbe in Ostdeutschland erzielte zwischen Januar und Februar 2021 Umsatzerlöse von insgesamt 1,8 Mrd. Euro. Im Vorjahresvergleich bedeutete das einen Rückgang um 17,0 Prozent. Mit einem Umsatzaufkommen von 406,7 Mio. Euro registrierte der **Wohnungsbau** den stärksten Einbruch (-26,8 %). Ihm folgte der **Öffentliche Bau**. Hier beliefen sich die Erlöse auf 544,8 Mio. Euro (-18,2 %), darunter im **Straßenbau** auf 170,7 Mio. Euro (-26,4 %). Der **Wirtschaftsbau** verfehlte mit Umsätzen von 817,4 Mio. Euro den Vergleichswert von 2020 um 10,1 Prozent. „Angesichts der gegenwärtig schwachen Nachfrage nach Bauleistungen wird die Baukonjunktur in Ostdeutschland im ersten Quartal 2021 einen deutlichen Dämpfer erfahren“, kommentierte Momberg abschließend die unbefriedigende Gesamtentwicklung.

Verbandsgebiet Januar bis Februar 2021

Berlin

- Deutliches Nachfrageminus gegenüber 2020
- Bautätigkeit nimmt in fast allen Segmenten ab
- Beschäftigungszuwachs um 5,0 Prozent

Das Auftragsvolumen der Unternehmen des Berliner Bauhauptgewerbes belief sich im Zeitraum Januar bis Februar 2021 auf 481,5 Mio. Euro. Im Vergleich mit dem Vergleichszeitraum von 2020 bedeutete das eine Abnahme um 8,5 Prozent. Den stärksten Einbruch erfuhr der **Wirtschaftsbau**. Hier sank der Auftragseingang auf 126,8 Mio. Euro (-32,5 %). Der **Öffentliche Bau** verzeichnete mit Bestellungen im Wert von 107,2 Mio. Euro einen Rückgang um 13,4 Prozent. Lediglich der Straßenbau, hier betragen die Aufträge 55,8 Mio. Euro, erlebte Wachstum (+42,7 %). Der Auftragswert im **Wohnungsbau** stieg um 15,4 Prozent auf 247,5 Mio. Euro an.

Der Umsatz des Bauhauptgewerbes bewegte sich im Berichtszeitraum bei 423,0 Mio. Euro. Gegenüber 2020 war das ein Minus von 9,9 Prozent. Der **Öffentliche Bau** wiederholte mit Umsatzerlösen von 86,8 Mio. Euro sein Vorjahresergebnis (+0,8 %). Im Straßenbau wurde mit Einnahmen von 27,3 Mio. Euro ein Rückgang um 29,0 Prozent registriert. Der Umsatz im **Wirtschaftsbau** ging um 2,2 Prozent auf 155,5 Mio. Euro zurück. Im **Wohnungsbau** erzielten die Unternehmen des Bauhauptgewerbes Erlöse in Höhe von 180,7 Mio. Euro, was einer Abnahme um 19,5 Prozent entsprach.

Brandenburg

- Gesamtnachfrage nach Bauleistungen wächst
- Bautätigkeit nur im Wirtschaftsbau höher als 2020
- Zahl der Beschäftigten steigt um 4,5 Prozent

Im Bauhauptgewerbe Brandenburgs verzeichneten die Unternehmen zwischen Januar und Februar 2021 einen Gesamtauftragseingang von 396,6 Mio. Euro. Im Vergleich mit 2020 bedeutete das einen Zuwachs um 9,9 Prozent. Ausschlaggebend für das Gesamtergebnis war der **Wirtschaftsbau**. Sein Auftragseingang erhöhte sich in Bezug zum Vorjahr um 51,5 Prozent auf 210,1 Mio. Euro. Deutlich negativ entwickelte sich dagegen der **Öffentliche Bau**. Hier erreichten die Order nur eine Höhe von 128,9 Mio. Euro (-20,1 %). Die Straßenaufträge verringerten sich dabei um 15,3 Prozent auf 68,6 Mio. Euro. Der **Wohnungsbau** verbuchte mit Aufträgen in Höhe von 57,6 Mio. Euro ein um 5,4 Prozent schlechteres Ergebnis als im Vorjahreszeitraum.

Der Umsatz betrug per Februar 2021 323,5 Mio. Euro und lag damit um 2,2 Prozent unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Den höchsten Rückgang verzeichnete bei einem Umfang von 92,2 Mio. Euro der **Öffentliche Bau** (-15,2 %), wobei der Straßenbau auf 36,7 Mio. Euro zurückging (-17,1 %). Im **Wohnungsbau** beliefen sich die Umsatzerlöse auf 70,8 Mio. Euro und verfehlten damit den Vergleichswert 2020 um 15,9 Prozent. Im **Wirtschaftsbau** war die Umsatzbilanz positiv. Seine Erlöse lagen bei 160,6 Mio. Euro (+16,4 %).

Sachsen

- Nachfrage nach Bauleistungen stark rückläufig
- Umsatz des Bauhauptgewerbes deutlich unter Vorjahresniveau
- Zahl der Beschäftigten mit leichtem Rückgang (-0,5 %)

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2021 erhielten die Unternehmen des sächsischen Bauhauptgewerbes Aufträge im Gesamtwert von 654,6 Mio. Euro. Das waren 16,1 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Den stärksten Einbruch verzeichnete dabei der **Wohnungsbau**. Hier sanken die Bestellungen auf 76,2 Mio. Euro, was einem Rückgang gegenüber 2020 um 41,2 Prozent entsprach. Starke Einbußen registrierte auch der **Wirtschaftsbau**. Der Auftragseingang erreichte eine Höhe von 322,2 Mio. Euro. Das waren 12,5 Prozent weniger als vor Jahresfrist. Mit Auftragsvergaben in Höhe von 256,2 Mio. Euro verbuchte der **Öffentliche Bau** ein Minus von 9,3 Prozent, im Straßenbau bei einem Volumen von 72,9 Mio. Euro sogar um 26,8 Prozent.

Der Umsatz belief sich von Januar bis Februar auf 529,8 Mio. Euro (-14,8 %). Im **Wohnungsbau** erreichten die Erlöse 71,0 Mio. Euro. Das waren 22,7 Prozent weniger als 2020. Im **Öffentlichen Bau** sank der Umsatz auf 178,5 Mio. Euro (-20,5 %). Im **Wirtschaftsbau** erzielte das Bauhauptgewerbe Sachsens Einnahmen in Höhe von 280,3 Mio. Euro (-8,3 %).

Sachsen-Anhalt

- Aufträge im Öffentlichen Bau brechen ein
- Bautätigkeit um mehr als ein Viertel niedriger als 2020
- Zahl der Beschäftigten geht etwas zurück (-0,7 %)

Anders als noch im Januar verzeichnete das Bauhauptgewerbe in Sachsen-Anhalt im Februar 2021 eine stark negative Entwicklung beim Auftragseingang. In der Addition beider Monate beliefen sich die Bestellungen auf 269,2 Mio. Euro, was im Vorjahresvergleich einem Minus von 9,0 Prozent entsprach. Zurückzuführen war das fast ausschließlich auf ausbleibende Aufträge im **Öffentlichen Bau**. Mit einem Volumen von nur noch 81,5 Mio. Euro gingen diese im Vorjahresvergleich um 24,6 Prozent zurück. Im Straßenbau sanken die Order um 14,6 Prozent auf 48,4 Mio. Euro ab. Demgegenüber blieb der **Wirtschaftsbau** mit Bestellungen im Wert von 145,6 Mio. Euro relativ stabil (-0,3 %). Der **Wohnungsbau** verzeichnete bei einem Auftragswert von 42,1 Mio. Euro leichten Zuwachs (+1,2 %).

Die Umsatzerlöse der Betriebe erreichten insgesamt 189,7 Mio. Euro und lagen damit um 28,4 Prozent unter denen von Januar bis Februar 2020. Am stärksten nahm der Umsatz im **Öffentlichen Bau** ab. Die Erlöse blieben mit knapp 64,0 Mio. Euro um 30,6 Prozent unter denen von 2020, wobei der Straßenbau mit 22,4 Mio. Euro am stärksten abnahm (-36,0 %). Im **Wirtschaftsbau** wurde das Ergebnis von 2020 mit Umsätzen von 95,9 Mio. Euro um 26,6 Prozent, im **Wohnungsbau** bei 29,9 Mio. Euro um 29,3 Prozent unterschritten.

Der Bauindustrieverband Ost e. V. (BIVO) vertritt die Interessen von 260 Bauunternehmen mit 20.000 Beschäftigten in den Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Potsdam, 23. 04. 2021